



März 2016

Straßenausbausatzung**"Ablöseverträge nicht unterzeichnen"**

Einen "Goldschatz mit hilfreichen Informationen" öffnete Geschäftsführer Tibor Herczeg Mitte Januar bei einer Inforeveranstaltung der Gemeinschaft Westerverledingen (Kgr. Leer). Vorsitzender Harald Schröter begrüßte rund 100 Hauseigentümer und freute sich über den "fachkundigen, ungeschminkten Vortrag" zur Straßenausbausatzung. "Ohne Schönfärberei erläuterte der Jurist wichtige Gesichtspunkte in der Diskussion über Straßenausbaubeiträge und Ablöseverträge", schrieb er später in einem Dankschreiben an den Landesverband.

Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ausdrücklich als Kann-Bestimmung ausweist. Angesichts leerer Kassen würde dies in den Kommunen häufig jedoch als "Muss"-Regelung dargestellt, so Herczeg in seinem Vortrag. "Bedauerlich ist, dass sich die Politik bei Verabschiedung solcher Satzungen eher an die Vorgaben der kommunalen Spitzenverbände hält und die Situation vor Ort nicht sorgsam und bürgerfreundlich abwägt". Der Vorwurf, dass die Pflege der Straßen über Jahre hinweg vernachlässigt werden, trafe leider allzu oft zu. Stete, fachgemäße Unterhaltungs- und

lieger vermieden werden, so der Jurist. Herczeg ging auch auf das Für und Wider von Ablöseverträgen ein. Mit diesen vermeintlich attraktiven, weil angeblich kostengünstigen öffentlich-rechtlichen Verträgen versuchten die Kommunen, ihr Geld vorab schneller zu bekommen. Er warnte ausdrücklich davor, Ablöseverträge zu unterzeichnen. Verwaltungsrechtliche Schritte oder eine Klage, um die Baumaßnahme nach Fertigstellung gerichtlich überprüfen lassen will, sei danach nicht mehr möglich.

Gemeinsam mit VWE-Kreisgruppenvorsitzendem Hartmut Kutschki schürte Herczeg Hoffnung. In Niedersachsen erkenne man auf politischer Ebene Ansätze für ein Umdenken, nachdem der Verband Wohneigentum öffentlich Bedenken äußerte und Anregungen einbrachte. Dass Kommunen schon heute gute Lösungen finden, zeigte Kutschki am Beispiel Westerstede. Dort würden keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben. Bürgermeister und Verwaltung hätten "ein intelligentes, transparentes System zur Instandsetzung und Unterhaltung der Straßen entwickelt".



Im vollbesetzten Saal stellt Geschäftsführer Tibor Herczeg (hinten, r.) die aktuelle Rechtslage dar. Er warnt vor vorschneller Unterzeichnung von Ablöseverträgen.

Überrascht zeigten sich einige Teilnehmer, dass das Niedersächsische Kommunalabgabengesetz (NKAG) die

Instandsetzungsarbeiten könnten die Lebensdauer von Straßen beträchtlich verlängern, Kostenbeteiligung der An-